

Interview mit Joachim Schuster, Bremer Abgeordneter im Europäischen Parlament

*Joachim Schuster ist 57 Jahre alt, promovierter Politikwissenschaftler, seit sechs Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments. Aktuell ist er aus Bremen der einzige Europaabgeordnete.*

*Sein wichtigstes Thema aktuell ist Green Invest, er möchte den Umwelt- und Klimaschutz über europäische Wirtschaftsmaßnahmen fördern. Ebenfalls liegen ihm die Themen Bankenunion, Kapitalmarktunion und Krypto-Währung am Herzen.*

**Frage: Wie ist derzeit die Stimmung auf europäischer Politik-Ebene?**

**Joachim Schuster:** Dominant sind in der europäischen Politik gerade die Folgen der Corona-Krise. Zunächst gab es für eine kurze Zeit einen Rückfall in den Nationalismus mit Grenzschließungen, dem Horten von Material und wenig Kooperation. Diese Phase ist zum Glück erstmal vorüber. Alle Staaten der EU müssen zusammen die Krise bewältigen. Wenn eine gemeinsame europäische Antwort nicht gelingt, dann besteht die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Gemeinschaft. Tendenzen zu nationalstaatlicher Politik gibt es leider in vielen Staaten in unterschiedlichem Ausmaß. Man muss sich aber immer vor Augen halten, dass die EU den Frieden gesichert und Wohlstand geschaffen hat.

**Frage: Seit dem 1.7.2020 hat Deutschland für ein halbes Jahr die Ratspräsidentschaft übernommen. Welche Pläne gibt es nun für die Ankurbelung der Wirtschaft? Es war die Rede von einem 750-Milliarden-Aufbauprogramm, Angela Merkel und Emmanuel Macron wollten den Betrag bei 500 Milliarden deckeln, was kommt nun wirklich?**

**Joachim Schuster:** Der Vorschlag eines 500-Milliarden-Wirtschaftsprogramms wurde von Deutschland und Frankreich zusammen gemacht, die Kommission hat da noch etwas draufgelegt. Die Staats- und Regierungschefs haben beim letzten Gipfel dann wiederum etwas nach unten korrigiert, ich denke das letzte Wort ist hier insgesamt noch nicht gesprochen. Man muss aber bedenken, dass es gar nicht so einfach ist, so viel Geld auch sinnvoll auszugeben. In Bezug auf den Vorschlag der Kommission ist wichtig, dass dieses Geld nicht in Form von Beiträgen von den Mitgliedsstaaten eingesammelt werden soll, weil sie alle gerade enorme Ausgaben haben, sondern dieses Geld soll am Kapitalmarkt aufgenommen werden, die EU verschuldet sich also selbst. In den Verträgen steht zwar, dass die Länder nicht wechselseitig für die Schulden der anderen aufkommen, aber das hier ist ein anderer Fall, er ist so auch ausdrücklich in den Verträgen vorgesehen. Das Verschuldungsverbot bezieht sich auf die in der Vergangenheit von einzelnen Mitgliedsstaaten aufgenommenen Schulden. Wir Deutschen haften zum Beispiel nicht für die italienischen oder polnischen (Alt-)Schulden. Aber wir sind auf europäischer Ebene frei gemeinsam neue Schulden aufzunehmen. Das muss dann vom Europäischen Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament genehmigt werden.

Ausgegeben werden sollen die europäischen Zuschüsse in Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten, die ihre wirtschaftlichen Förderprogramme dafür auflegen. Empfohlen wird inhaltlich, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel enthalten sein sollen und die Förderung der Digitalisierung. Derzeit sind noch viele Fragen offen und umstritten, z.B. nach den Genehmigungs- und Kontrollverfahren.

**Frage: Bei der konkreten Ausgestaltung einiger Konditionen, wie z.B. einer Plastiksteuer, kann es ja sinnvoll sein, sich von Ingenieuren zu den Möglichkeiten der technischen Umsetzung beraten zu lassen. Der VDI macht auch alle zwei Jahre eine eigene Veranstaltung „Nordlichter in Brüssel“, um dort mit EU-Vertretern ins Gespräch zu kommen. Was kann man da noch machen?**

**Joachim Schuster:** Im Prinzip über klassische Lobbyarbeit. Dafür wäre es vorteilhaft, wenn die Ingenieure europaweit organisiert wären. Grundsätzlich ist es so, dass die Kommission zu jeder größeren und grundsätzlichen Frage eine Stakeholder-Konsultation macht. Dafür werden Interessengruppen angeschrieben oder befragt, um ihre Stellungnahme zu dem Thema einzuholen.

Für das Recovery-Programm ist solch ein aufwändiger Prozess wahrscheinlich aus Zeitgründen nicht sinnvoll, da die Gelder ja bereits ab Anfang 2021 fließen müssten. Aber noch steht die Verabschiedung des geplanten Programms durch alle Mitgliedstaaten auch in den Sternen.

An einem anderen Punkt können Ingenieure derzeit mitreden. Im Ausschuss ist die sogenannte Taxonomie verabschiedet worden. Dabei geht es um die Beurteilung nachhaltiger Investitionen. Die Anforderung dafür kommt auch aus der Finanzbranche, deren Kunden immer stärker wissen wollen, wie nachhaltig die Projekte sind, in denen sie ihr Geld anlegen. Hier könnten Ingenieure im Beurteilungsprozess beteiligt werden.

Häufig läuft die Einflussnahme über die nationale Ebene, wenn Initiativen von den Mitgliedsstaaten eingebracht werden. Im Vorfeld dazu kann und sollte auch eine Befragung und Beteiligung der Vertretungen der Zivilgesellschaft erfolgen. Der direkte Weg der Einflussnahme auf die europäische Politik läuft allerdings klassischerweise über ein Lobby-Büro in Brüssel, das braucht man dann schon als Verband.

**Frage: Wie wird bei dem geplanten Kreditprogramm von 560 Milliarden sichergestellt, dass darüber nicht einfach Ausschüttungen an Aktionäre erfolgen? Und dass die Mittel auch wirklich in den Wirtschaftskreislauf gelangen und nicht als Rücklagen von den Empfängern festgehalten werden?**

**Joachim Schuster:** Diese Überlegungen werden im Hintergrund ständig mit angestellt. Es wurde diskutiert, ob man die Ausschüttung von Boni u.ä. vorläufig im Rahmen des Kreditprogrammes untersagen kann, das hat sich aber nicht durchgesetzt. Ein Punkt in diesem Rahmen ist auch die Erleichterung der Kreditvergabe durch die Banken über die Absenkung der Anforderungen an das Eigenkapital der Kreditnehmer. Wenn kleine Unternehmen, die eigentlich lebensfähig sind, ihr Eigenkapital aufgebraucht haben, dann erhalten sie nach den derzeitigen Konditionen der Banken kaum noch Kredite.

Die Situation stellt sich für viele gerade kleine Unternehmen so dar, dass sie nun ganz schlicht Zuschüsse brauchen, um zu überleben, auch wenn sie wie in der Unterhaltungsbranche und in der Gastronomie aktuell keine Einnahmen erzielen können. Sie brauchen diese Zuschüsse, um nach der Krise noch da zu sein.

**Frage: In der Vergangenheit gab es einmal ein eigenes Verbindungsbüro des VDI in Brüssel, inzwischen wird der VDI über den europäischen Ingenieur- Dachverband FEANI mit vertreten, der eine Vertretung in Brüssel unterhält. Wie genau würde denn nun der Informationsfluss laufen über neue Richtlinien und Projekte, die Ingenieure betreffen?**

**Joachim Schuster:** Hier ist die Arbeit des Lobbyverbands gefragt, also der Fachleute bei FEANI. Die schauen sich geplante Gesetzesvorhaben an und müssen für die Betroffenheit der spezifischen Interessen ermitteln. Daraufhin müssten sie breit mobilisieren und über ihre Mitglieder Einfluss nehmen.

**Frage: Recht schnell trat ja im Zuge des weltweiten Lockdowns der Fall ein, dass Lieferketten und Versorgungswege unterbrochen wurden, teils aufgrund der Logistik, aber auch, wie im Falle der Medikamentenversorgung, weil China zeitweise die dort produzierten Mittel für die eigene Bevölkerung zurück behalten hat. Um solche teils bedrohlichen Entwicklungen für die Zukunft zu vermeiden, müsste nun im europäischen Rahmen geprüft und veranlasst werden, dass wichtige Produktionen wieder innerhalb der EU erfolgen. Was ist da geplant?**

**Joachim Schuster:** Da waren ja beispielsweise Paracetamol, Schutzmasken und Teile für die Automobilindustrie betroffen. Zunächst einmal ist die Diskussion dazu im Gange. Klar ist, da muss etwas passieren, damit wir die lebenswichtigen Versorgungsmöglichkeiten in der EU haben. Bisher funktioniert die internationale Arbeitsteilung vor allem so, dass dort produziert wird, wo es am billigsten ist. Das muss man durchbrechen. Dazu muss zunächst geklärt werden, welche Produkte das

sind. Danach muss man schauen, wer und wie das dann am günstigsten in Europa produzieren kann. Das könnte subventionierte Fertigungen und steigende Beiträge für die Gesundheitsversorgung bedeuten. Es muss dafür eine neue industriepolitische Strategie geben und man muss prüfen, wie es europaweit mit der Gesundheitsversorgung aussieht und wie sie verbessert werden kann.

**Frage: Wie kann man gegen Interessengruppen agieren, die nicht so nachhaltig orientiert sind? Vielleicht liegt auch eine Chance in der Krise für eine Sensibilisierung der Bevölkerung hierfür. Vor der Corona-Krise hatte die Jugend ja bereits für ein stärkeres Bewusstsein gesorgt.**

**Joachim Schuster:** Jede Krise bietet auch die Chance für Entwicklungen nach vorne. Man merkt nun besonders deutlich, in welchen Bereichen die bisherigen Vorgehensweisen nicht gut waren und das man etwas ändern muss. Der Vorteil der jungen Leute besteht darin, dass sie gerne solche Veränderungen etwas radikaler fordern. Auf diese Weise stoßen sie auch den Denkprozess bei den Erwachsenen an. Ein ganz einfaches Beispiel für eine positive Entwicklung ist der verstärkte Absatz von Fahrrädern seit Anfang der Krise. Fraglich ist dennoch, wie viel Veränderung schaffen wir? Es kann auch sein, dass ein größeres Maß an Veränderung eine Gegenbewegung auslöst bei all jenen, die alles gerne so hätten, wie es früher war, also bitte ohne Änderungen. Diese Art von Auseinandersetzung konnte man auch wahrnehmen bei der Diskussion um die Kaufprämie für Diesel- und Benzin-Autos, die ja nun zum Glück nicht kommt. Diese Autos sind erstens nicht nachhaltig und zweitens bereits produziert, ihr Kauf würde die Produktion gar nicht ankurbeln.

**Frage: Wie ist gerade die Stimmung zwischen den europäischen Mitgliedsländern was einen möglichen Austritt aus der Union nach dem britischen Vorbild betrifft?**

**Joachim Schuster:** Im Moment sind noch alle an Bord. Im Gegenteil wurde die Union zuletzt durch den Brexit eher zusammen geschweißt. Daran hatte man gemerkt, wie problematisch ein Austritt auch werden kann für ein einzelnes Land. Derzeit sieht es nach einem kleinen wirtschaftlichen Wachstumseinbruch für die EU aus aufgrund des Brexits, aber nach einem erheblichen Einbruch für Großbritannien. Für die EU bleibt es auf jeden Fall dabei, Wettbewerb kann und darf nicht laufen über ein Dumping von Umwelt- und Sozialstandards. Daran müssen sich die Vorschläge messen lassen und nur zu Konditionen die Dumping verhindern wird Großbritannien im Binnenmarkt bleiben können.

**Vielen Dank an Joachim Schuster für dieses Gespräch.**